

SVD

Von: "MaxNews" <MaxNews@mailstar.net>
An: "MaxNews" <MaxNews@mailstar.net>
Gesendet: Montag, 8. Januar 2007 15:18
Betreff: Die "Plünderlandverschwörung"

Vorbemerkung MaxNews: aus Aktuellem Anlass wiederholen wir diesen Beitrag aus den MaxNews vom 11.10.05.

Das Stück ist für all diejenigen gedacht, die der Medienpropaganda der Mainstream Presse erlegen sind und es noch nicht bemerkt haben wie unser ehemaliger Wohlstand - in Ost und West - seit der Wiedervereinigung dezimiert wurde.

Das Hörstück bringen wir demnächst sowie verfügbar - download fähig auf unserem Server. Hier die Textversion.

(1) Die "Plünderlandverschwörung"

From: ralf.prenzel@aulerpartner.de
Sent: Tuesday, October 11, 2005 22:57

1

Die Geschichte von der Plünderlandverschwörung oder wie man tausend Milliarden Plünderos veruntreut!

Es war einmal ein Land, das nannte man Plünderland. Plünderland war nicht das einzige Land auf der Welt. Andere mächtige Länder sahen, dass Plünderland immer größer und stärker wurde. Also führte man zwei große Kriege mit Plünderland. Plünderland verlor die Kriege und die Sieger teilten es unter sich auf. Danach gab es Plünderland Ost und Plünderland West. Im Plünderland Ost wurde die sozialistische Planwirtschaft eingeführt und im Plünderland West die kapitalistische Marktwirtschaft. Beide Systeme dienten auf ihre Art und Weise dazu die Bevölkerung in einem ständigen Existenzkampf zu halten und langfristig durch Mangel gefügig zu machen. Damit sich die Systeme nicht vermischen konnten, ließen die Götter der Welt mitten im geteilten Plünderland eine Stahlwand errichten. Künftig war die gesamte alte Welt durch diesen Stahlwall in den sozialistischen Osten und den kapitalistischen Westen geteilt.

In der sozialistischen Planwirtschaft gab es reichlich billiges Geld und zu wenig nutzbare Güter. Denn Geld wurde nach Belieben vom Staat geschöpft. Die Güter aber wurden nicht nachfrageorientiert, sondern nach einem schlecht funktionierenden Plan produziert. Dadurch gab es einen permanenten Mangel an

Gütern.

Im kapitalistischen Westen hingegen war es genau umgekehrt. Zwar wurde am Anfang genügend Geld zur Verfügung gestellt und dadurch konnte zunächst auch eine nachfragegerechte Produktion finanziert werden. Doch das privatisierte Kreditgeldschöpfungsmonopol erzeugte im Westen mit der Zeit ein anderes Problem. Durch die permanent steigenden Geldumlaufgebühren, den Zinsen und Zinseszinsen, entstand mit der Zeit eine immer größere Geldknappheit bei der breiten Bevölkerung.

Beide Entwicklungen waren von den Göttern der Welt beabsichtigt. Langfristig war eine Zentralisierung aller Macht in der alten Welt geplant. Dazu musste man in den verschiedenen Ländern dieses Teiles der Welt eine einheitliche Währung einführen. Kein Land sollte mehr sein eigenes Geld erschaffen können.

Im westlichen Plünderland regte sich ziemlich viel Widerstand gegen die Währungspläne der Götter. Schließlich war der Plündero-West die stabilste Währung in der alten Welt. Andere Länder waren bis dahin weitaus unsolider bewirtschaftet worden und deshalb lag die Verschuldung in Plünderland deutlich niedriger als die anderer großer Alte-Welt-Staaten.

Um alle Macht in der alten Welt zu zentralisieren, hatten die Götter schon lange geplant, den großen Stahlwall wieder abzureißen. Ganz nebenbei konnte man bei dieser Gelegenheit die beiden Plünderländer wieder zusammenführen. Das wurde von den Plünderanern als großes Ereignis gefeiert. Sie ahnten nicht, dass die Götter etwas ganz anderes wollten, als alle Plünderaner in Brüderlichkeit wiederzuvereinigen. Neben der Zentralisierung aller Macht in der alten Welt, war nämlich auch noch geplant, die Wiedervereinigung von Plünderland zum Anlaß zu nehmen, seine Verschuldung drastisch anzuheben. Die Plünderaner sollten keinen Grund mehr sehen, ihren Widerstand gegen eine einheitliche, monopolisierte und privatisierte Kreditgeldwährung, für die ganze alte Welt, aufrechtzuerhalten. Um die Verschuldung von Plünderland auf die Augenhöhe der anderen Länder anzuheben, organisierten die Götter einen gigantischen Betrug. Wir nennen dieses einmalige historische Ereignis "die Plünderlandverschwörung".

Natürlich wird der eine oder andere von Ihnen sagen: Da ist schon wieder eine dieser ewigen Verschwörungstheorien. Ich weiß nichts von irgendeiner Verschwörung. Ich kann beim besten Willen nirgends eine Verschwörung entdecken. Zwar steht nicht alles zum Besten und es gibt auch einige Ungereimtheiten auf dieser Welt -aber deshalb von Verschwörung reden?

Bedenken Sie bitte eines: Es gehört zum Wesen einer wirklich guten, einer gelingenden, einer ordentlichen Verschwörung, daß die, gegen die man sich verschworen hat, die Verschwörung nicht als solche erkennen können. Die Verschwörung muß außerhalb Ihrer normalen Wahrnehmung liegen. Sonst wäre es

schließlich keine ordentliche Verschwörung.

Es gibt aber auch außerordentliche Verschwörungen. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie nach Art und Umfang und nach zeitlicher Dauer unsere Vorstellungskraft von einer möglichen Verschwörung einfach weit übertreffen. Deshalb können wir sie nicht als Verschwörung erkennen bzw. begreifen. Bei außerordentlichen Verschwörungen können Teilaspekte durchaus im Bereich unserer normalen Wahrnehmung liegen. Das nützt uns aber nichts, weil wir solche Teilaspekte nicht als Bestandteile dieser außerordentlichen Verschwörung identifizieren können.

Es ist ganz ähnlich wie bei einem sehr großen Puzzle aus vielleicht 2000 Stücken. Sie sehen aber nur 10 oder 20 von diesen Stücken, die immerhin nahe zusammen zu gehören scheinen. Sie erkennen, daß es sich bei diesem Teil des Puzzles wohl um einen Elefantenrüssel handeln muß. Sie ziehen natürlich den Schluß, daß das gesamte Bild einen ganzen Elefanten zeigen wird. Auf die Idee, dass das vollständige Puzzlebild eine große Elefantenherde darstellt, die auf der Flucht vor schwer bewaffneten Elfenbeinjägern, ein ganzes Mäusevolk zertrampelt, wären Sie vermutlich nie gekommen. Schließlich nimmt der Elefant, von dem Sie anfangs nur den Rüssel erkannt haben, einen großen Teil des Bildes ein, weil er ganz vorne im Bild ist. Der Macher des Puzzles fand nämlich die Idee besonders witzig, die Elefantenherde auf den Bildbetrachter zurasen zu lassen. So hatten sie neben einer sehr geringen Bildinformation auch noch eine, die Phantasie besonders einschränkende, Perspektive.

Warum habe ich Ihnen diesen Vergleich vorangestellt? Es geht mir darum, deutlich zu machen, daß Sie kaum eine Chance hatten, die Verschwörungspraxis, von der Sie heute erfahren werden, selbst zu entdecken. Es hat nichts mit Dummheit zu tun, dass Sie von diesen Vorgängen nichts mitbekommen haben. Es gibt keinen Grund sich selbst in Frage zu stellen. Die Verschwörung war eben unvorstellbar groß und sehr perfekt inszeniert. Und die gutmütigen Plünderaner waren die arglosen Opfer.

Hören wir uns also an, was der Verfasser der folgenden Geschichte zu sagen hat:

2

Der Milliardenbetrug mit den Ostplünderland-Altschulden

Von Otto H. Nienkamp

Heute, fünfzehn Jahre nach dem Fall des "stählernen Walls", ist vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht die Lage von Gesamtplünderland verfahrenener denn je. Der Staatsbankrott, der Ostplünderland am Ende ereilt hatte, droht nun dem wiedervereinten Plünderland. Bis heute ist eine Frage unbeantwortet:

warum wurden die völlig illegitimen, aus dem Nichts entstandenen Ostplünderland-Altschulden von 400 Mrd. Plünderos offiziell übernommen? Wer konnte diese Schulden, die vorher gar nicht existierten, als Forderungen verbuchen? Und vor allem wie, auf welche Weise genau, wurde dieser Mühlstein dem Plünderland um den Hals gehängt?

Ein paar einleitende Worte zur Vergangenheit

Nach 1945 haben die Ostplünderaner nicht weniger fleißig und verbissen Wiederaufbau betrieben als die Westplünderaner. Die Leute hatten auch Wohnungen, kleideten sich, fuhren mit dem Auto über Straßen, und auch bei ihnen kam Strom aus der Steckdose und Wasser aus dem Hahn. Das alles war nicht gering zu schätzen. Es war sogar im Einzugs- bzw. Einflussbereichs des Westens zu damaliger Zeit nicht unbedingt der Weltstandard. Man denke dabei nur an die ausgeraubten Gebiete der so genannten "Hinter-Welt".

Was ist von dem Ostplünderland-Volksvermögen, seinen Betrieben, seinen Immobilien, seinen Fluren, seinen Dörfern, seinen Städten - kurz: seiner gesamten Infrastruktur, geblieben? Das alles hatte doch schließlich einen Wert? Die beschämende Antwort lautete nach der Wiedervereinigung "gut 400 Mrd. Plünderos". Aber nicht etwa Guthaben - nein: "Schulden"!

Auf Anordnung der Regierung haben die Bürger von Plünderland - zusätzlich zu den an sich exorbitant hohen Steuern - hierfür mit einem "Solidarbeitrag" aufzukommen.

"Das kann doch nicht wahr sein", denkt der erstaunte Zeitgenosse und erinnert sich, daß die Ostplünderland-Wirtschaft kurz vor dem Ende dieses Staates immerhin auf Platz 11 - oder war es doch nur Platz 13 - der Weltrangliste aller Industrienationen geführt wurde. Die Produktionsanlagen und das Volksvermögen, die dem Land immerhin einen Spitzenplatz an messbarer Leistungskraft garantierten, sollen nun WENIGER ALS NICHTS wert sein? Sie sollen sogar mit "minus" 400 Milliarden West-Plünderos zu Buche schlagen?

Früher war einmal die Rede davon gewesen, Ostplünderland sei, mit allem Drum und Dran, rund 600 Milliarden West-Plünderos wert gewesen.

Der normale plünderanische Fernsehzuschauer hat über solchen Widersinn nicht nachgedacht. Die Medien hatten ja auch schnell eine plausible Erklärung parat, die umso eingängiger war, als sie doch die Tüchtigkeit im Westen besonders unterstrich:

"Ostplünderland war wirtschaftlich eben nur ein Scherbenhaufen, und Scherben zu beseitigen, kostet nun mal Geld."

Im Allgemeinen glaubt der durchschnittliche Zeitgenosse immer, von "denen da oben" betrogen zu werden. In jedem konkreten Einzelfall hält er es aber für ausgeschlossen. Andere sind möglicherweise betroffen - ER aber nicht.

3

Was sonst noch geschah!

Ostplünderland hatte natürlich - wie jeder ordentliche Staat, dessen Regierende an einem gedeihlichen Verhältnis zu den privaten internationalen Kreditgeldinstituten interessiert sind - so genannte direkte Auslandsschulden. Sie beliefen sich auf circa 30 Milliarden Plünderos nach westlichem Maßstab und wurden von der nachfolgenden Regierung von Gesamtplünderland selbstverständlich übernommen. Dagegen kann ein auf Recht und Anstand bedachter Bürger auch nichts einwenden. Diese Schulden sollen uns im Folgenden auch nicht weiter beschäftigen.

Es geht vielmehr um die anderen Schulden, die man als "alte Schulden" bezeichnet hat. Das sind die Schulden der Staatsbetriebe, der Produktionsgesellschaften und der Kommunen des ehemaligen Ostplünderland.

Daß es mit dem "real existierenden Sozialismus" bald zu Ende gehen würde, zeichnete sich bereits 10 Jahre vor dem endgültigen Aus für diese Organisationsform ab. Auf die Gründe wollen wir hier nicht näher eingehen.

Sie sind sicher sehr vielfältig, und die Verantwortung dafür tragen im Wesentlichen nicht die Bürger von Ostplünderland.

Die Personen an der Spitze der dort regierenden Partei reagierten schnell und entschlossen auf die drohende Gefährdung ihrer Macht, ihrer Position und ihrer Versorgungslage. Sie ließen über Schala-Kotkowski und seine "Kotzko" alles, was in Ostplünderland nicht niet- und nagelfest war, in den Westen schaffen. Das Volksvermögen wurde dort gegen harte westliche Devisen verscherbelt. Der Erlös wurde dann auf entsprechenden Konten bei westlichen Banken sachgerecht "geparkt".

Für die "sozialistische" Sache der Parteioberen kamen nur Konten in Betracht, zu denen die Polizei des "Klassenfeindes" keinen Zugang hatte und deren eigentliche Inhaber gewöhnlich im Dunkeln blieben.

Da auch die eingeschalteten Banken an solchen Geldeinlagen immer gut verdienen, bestand natürlich ein vitales Interesse an gegenseitiger Diskretion.

Zu Westgeld gemacht, wurden auch die Goldbestände aus dem Volksvermögen von Ostplünderland. Sie hatten damals immerhin einen Wert von 2,1 Milliarden West-Plünderos.

Allerdings schien das alles nicht auszureichen, die Existenzangst der von Arbeitslosigkeit bedrohten Politprominenz von Ostplünderland zu vertreiben. Deshalb wurden in den letzten Tagen des geteilten Plünderlandes, als man schon am "runden Tisch" die Übernahme durch Westplünderland verhandelte, hemmungslos Ost-Plünderos gedruckt. Diese wurden ohne Rücksicht auf das

Kursgeschehen am Markt, in westliche Devisen umgetauscht. Natürlich halfen die alten Freunde bei den privaten internationalen Großbanken dabei fleißig mit. Nur ein Schlingel denkt, dass die in erheblichem Maße angefallenen Provisionen, die nötige Motivation generierten.

Sicher ist allgemein bekannt, dass die Ostplünderland-Währung eine so genannte "nicht konvertierbare" Währung war. Das heißt, das Kursverhältnis zu konvertierbaren westlichen Währungen war lediglich ein fiktives, ein theoretisches Kursverhältnis. Dieser Kurs für den Ost-Plündero sackte in den letzten Monaten der Ostplünderland-Existenz ständig ab. Das fiel in der allgemeinen Wiedervereinigungseuphorie aber ebenso wenig auf, wie die Auslandsadressen an welche die neu gedruckten Banknoten des Ost-Plünderos zum Schluß Postsäcke weise verfrachtet wurden.

Später fahndeten Spezialagenten auch im Ausland nach dem Parteivermögen der Regierungselite bzw. nach dem Volksvermögen von Ostplünderland; wie gute Steuerprüfer fanden sie zwar auch einiges, das Meiste aber eben nicht.

4

Wissenswertes über die ökonomische Ordnung von Ostplünderland!

Neben dem "Schala Kotkowski", der sich im Wesentlichen mit der Außenwirtschaft befasste, waren in der Ostplünderland-Zentralverwaltungswirtschaft auch unzählige Buchhalter tätig. Sie kümmerten sich um die Organisation der planwirtschaftlichen Finanzen. In ihrem System wurden nämlich alle Einnahmen einer Stadt oder Gemeinde an eine zentrale Stelle abgeführt und verbucht. Im Gegenzug erhielten die Städte und Gemeinden von dieser Zentrale Finanzausweisungen. Dort wurden zu diesem Zweck für die Kommunen unter anderem drei Fonds geführt. Einer davon hatte den kommunalen Wohnungsbau zu finanzieren, der Zweite, gesellschaftliche Einrichtungen wie Kindergärten oder Schwimmbäder und der Dritte finanzierte den Wohnungsbau der Großfirmen vor Ort. Wie viel Geld zu fließen hatte und wofür speziell, regelten ausgeklügelte Fonds-Bestimmungen von Ostplünderland, auf die wir hier nicht eingehen müssen, von denen wir aber annehmen dürfen, daß sie ebenso plündergründlich waren wie entsprechende Steuer- und Subventionsregelungen im Westen.

Diese Finanzausweisungen waren keine Kredite; sie hatten vielmehr den Charakter eines Lastenausgleiches, auf den die Empfänger, wegen ihrer vorher getätigten Einzahlungen, einen rechtlichen Anspruch hatten.

Umstände und Bedingungen, die heute im Einzelnen nicht mehr nachvollziehbar sind, führten mit der Zeit zu einer Veränderung der Buchungspraxis.

Möglicherweise hatte es etwas mit der sich verschärfenden Bilanzschieflage des Ostplünderland-Staats Haushaltes zu tun, dass die eigentlich als

gesetzlicher Anspruch garantierten Fondszuteilungen zunächst als Quasikredite und schließlich nur noch als Kredite gebucht wurden. Das fiel in der Routine der Bürokratie weiter nicht auf. Alles schaute nur auf die jeweilige Höhe der Auszahlung. Liquidität war das eigentliche Thema. Um sie wurde heftig gestritten, weil sie - wie in solchen Fällen üblich - immer zu gering ausfiel.

Erst nach der auch offiziell erfolgten Vereinigung der beiden Plünderlandhälften, wurden solche Buchhaltertricks offensichtlich. Die kommunalen Verwaltungen staunten nicht schlecht. Plötzlich forderten nämlich die privatisierten Nachfolger der ehemals sozialistischen Banken, über die diese angeblichen "Kredite" abgewickelt worden waren, die Schuldsalden von den Kommunen zurück. Damit nicht genug! Obendrein verlangten sie erhebliche Summen an Zinsen - zu, in Ostplünderland-Zeiten, absolut unüblichen Zinssätzen.

Von den vorher erfolgten Einzahlungen der Kommunen in die Fonds bei der Zentralverwaltung von Plünderland und dem daraus entstandenen Rechtsanspruch auf Rückzahlungen aus diesen Fonds an die Kommunen, war nun keine Rede mehr.

Die nunmehr privatisierten, ehemals sozialistischen Banken von Plünderland, waren zwischenzeitlich mitsamt ihren Kreditforderungen in den Besitz inter-nationaler Großbanken übergegangen. Diese forderten die Altkredite "als ihr gutes Recht" ein und die westlichen Regierungsbeamten, die nun die Ostplünderland-Zentrale treuhändisch leiteten, gaben ihnen Recht. Schließlich hatten Sie ja auch die Privatisierung der sozialistischen Banken und deren Überleitung ins Eigentum internationaler Großbanken wohlwollend begleitet.

Nur wenige Ost-Kommunen und Ostbetriebe sträubten sich gegen diese offensichtliche Form des Trickbetruges. Es kam zu Klagen und Gegenklagen und entsprechenden prozessualen Auseinandersetzungen.

Um die ganze Angelegenheit aus dem Tagesgespräch, in das sie zwischen 1990 und 1995 geraten war, wieder herauszunehmen, entschied man sich - wie in Plünderland üblich - zu einer "gütlichen" Regelung abseits der Öffentlichkeit. Man mußte um jeden Preis verhindern, dass der Bürger und Steuerzahler erfuhr, auf welcher perfide Weise die ehemaligen Fondszahlungen an Betriebe und Kommunen zunächst zu zweifelhaften und dann zu richtigen Krediten geworden waren. Die näheren Umstände unter denen diese Privatisierung stattfand, sollten auf keinen Fall das Licht der Welt erblicken und dem gemeinen Volk zu Ohren kommen.

Die Kommunen, oder genauer gesagt die westlichen Fachleute, die deren kommunale Verwaltungen an ebenso westliche Verhältnisse heranzuführen hatten, erkannten im Rahmen eines "Gentleman Agreements" einen kleineren Teil dieser "Schulden" an, während die Plünderlandregierung den weitaus

größten Teil, ohne besonderes Aufsehen zu erregen, über den Ausgleichsfonds dem Steuerzahler an den Hals hängte.

Die Kommunen waren damit aus dem Größten heraus und die Plünderlandregierung vermied einen möglichen Aufschrei der Öffentlichkeit, wegen ihrer dubiosen Geschäfte mit den internationalen Banken.

Auch von der Opposition war über diese Vorgänge nichts zu hören. Partei ist Partei und schließlich wollte es sich ja niemand mit den Geldinstituten verderben. Allen Protagonisten der Macht war geholfen.

Über den Ausgang einzelner Prozesse, die einige Kommunen bereits mit entsprechendem Medienspektakel angeleiert hatten, erfuhr man aus den Gazetten später kaum noch etwas. Allenfalls erschienen hier und dort kleine Notizen am Rande, deren juristisch gedrechselte Ergüsse sowieso niemand so recht verstehen konnte.

Und so entstanden gleichsam aus dem Nichts, nämlich aus Rückerstattungsansprüchen der ehemaligen Ostplünderland-Kommunen an deren Zentralverwaltung, private Kredite privater Banken. Mithin gut und gerne 65 Milliarden West-Plünderos neuer - so genannter "Altschulden" waren es, die der plünderanische Steuerzahler solidarisch schultern durfte. Seltsamerweise hatte auch "Der Klub der Steuerzahler" erstaunlich wenig dagegen einzuwenden.

65 Milliarden sind aber noch keine 400 Milliarden; oder sind es vielleicht sogar 600 Milliarden? Wie hoch der Turm dieser "alten Schulden" insgesamt nun wirklich war, scheint bis heute niemand genau zu wissen.

5

Die wundersame Entstehung der Betriebsaltschulden.

Ähnliche Fonds wie für die Kommunen, gab es in Ostplünderland auch für Landwirtschaft und Industrie. Da in beiden Bereichen, den kommunalen Abläufen identische Verfahren angewendet wurden, genügt es, uns im Folgenden auf den Bereich der Güter produzierenden Wirtschaft zu konzentrieren. Bis zum Ende des Jahres 2990 hatten sich dort Betriebsaltschulden in Höhe von 130 Milliarden West-Plünderos angesammelt. Die innovativen und auf ihre besondere Weise kreativen, kompetenten westlichen Banken verstanden es, diese 130 Milliarden bis 2994 auf 250 Milliarden West-Plünderos Schulden anwachsen zu lassen.

Wie aber kamen diese Betriebsschulden zustande? Zum großen Teil lief es wie bei den Kommunen ab. Auch die Betriebe hatten ihre Erlöse an die Zentrale abzuliefern und erhielten im Gegenzug aus verschiedenen Fonds zweckgebundene Geldzuweisungen im Rahmen ihrer Rückerstattungsansprüche.

Es gab da Fonds für Sondervergütungen an die Belegschaften, Fonds zur Finanzierung und Umsetzung genehmigter Innovationen, Fonds für besondere

Investitionen und diverse andere. Auch diese Geldzuweisungen wurden von irgendeinem Zeitpunkt an nicht mehr als juristischer Anspruch gewertet, auf den der jeweilige Betrieb, wegen der Abführung seiner Erlöse, ein Recht hatte. Stattdessen verbuchten die zuständigen sozialistischen Banken diese Zahlungen nunmehr als "Kredit".

Nach der endgültigen "Privatisierung" der Ost-Banken, wurden diese Forderungen durch die internationalen Geldinstitute geltend gemacht.

Bis hierher lief alles ähnlich ab wie bei den Kommunen. Die Untreuegesellschaft, als abwickelnde Körperschaft, sorgte für die nötige Diskretion.

6

Der Trick mit dem Devisenkurs-Schulden-Multiplikator.

Im Fall der gewerblichen Wirtschaft kommt aber noch eine weitere, eine ganz besonders kreative Variante der Alt-Schulden-Erzeugung hinzu. Um die schöpferische Phantasie der Schuldenerzeuger zu begreifen, muss man sich die Abwicklung von Investitionsentscheidungen im ehemaligen Ostplünderland genauer anschauen.

Das relativ kleine Ostplünderland konnte nicht sämtliche produktionstechnischen Entwicklungen im eigenen Land zu Stande bringen. Um möglichst unabhängig zu bleiben, hatte man das lange Zeit, zu lange Zeit, versucht.

Dies führte zu Schwierigkeiten beim Einsatz von Hochtechnologie, was nahtlos in Versorgungsengpässe der Bevölkerung überging.

Ursächliche strukturelle Probleme wurden als sogenannte "Mißwirtschaft" des sozialistischen Ostplünderlands fehlinterpretiert. Schließlich mußte man, um konkurrenzfähig zu bleiben, auch Spezialmaschinen aus dem westlichen Ausland einkaufen. Dazu benötigte man westliche Devisen, über welche die Ostplünderland-Mächtigen ja bekanntlich mit Argusaugen wachten.

Hatte ein Ostplünderland-Betrieb eine geeignete Maschine im Westen gefunden, war man sich mit dem ausländischen Handelspartner für gewöhnlich schnell einig. Weitaus schwieriger gestaltete sich da schon der Kampf mit den eigenen Behörden.

Dann lief folgendes Spiel ab:

Nehmen wir an, die einzukaufende Maschine kostete 1 Million West-Plünderos. Dies entsprach bis kurz vor Toresschluß Ostplünderlands circa 4,8 Millionen Ost-Plünderos, die der investierende Betrieb aufbringen mußte.

Zusätzlich hatte er 30% der Kaufsumme an den Devisenbeschaffer von Ostplünderland, den Schala-Kotkowski, zu entrichten.

Daneben gab es einen Bevollmächtigten der Regierung, der die Zentrale in Handelsangelegenheiten vertrat und bei der Abwicklung der Geschäfte mal förderlich oder auch mal hinderlich war. In jedem Fall aber kassierte er für seinen unumgänglichen Einsatz eine Provision von 12-14% der Investitionssumme.

Aus den vorgenannten drei Positionen setzte sich der so genannte "Importaufwandpreis" zusammen.

Aber auch das Außenhandelsministerium von Ostplünderland, das den Vorgang endgültig zu genehmigen hatte, wollte im Hinblick auf den erheblichen Prüfungsaufwand nicht leer ausgehen, und schlug weitere 12% auf den Importaufwandpreis auf. Unter der Voraussetzung, dass der Regierungsvertreter in diesem Beispiel nur 12% Provision der Nettoinvestitionssumme forderte, ergab sich demnach ein sogenannter Importabgabepreis von 7,6339 Millionen Ost-Plünderos.

Schmiergelder, Vergünstigungen und andere Aufwendungen, die außerdem erforderlich waren, um die nötigen Unterschriften und Stempel auch wirklich und vor allem in der gewünschten Zeit zu bekommen- denn schließlich ist Zeit Geld, und beim Geld sprechen Beamte ein Wörtchen mit - sind in diesem Beispiel noch nicht mitgerechnet.

Die sich ergebende Endsumme mußte natürlich "finanziert" werden. Das geschah in der Regel durch Kredit, und Kredit war damals in Ostplünderland kein Thema. Kredit war kein Problem.

Man bezahlte lediglich sozialistische 0,5% Zinsen.

7

Verrat und Betrug

Die Vereinigung der beiden Plünderländer brachte auch in diesem Punkt ein Umdenken und führte zu völlig neuen Verhältnissen.

Das Ostplünderland-Parlament passte am 1. Juli 1990, als eine seiner letzten Handlungen, - nur wenige Stunden vor seiner Selbstauflösung - die sozialistischen Zinsen dem westplünderischen Zinsniveau an. Das lag damals bei circa 10%

Diese fatale Entscheidung mußte der produzierenden Ostplünderland-Wirtschaft in den Folgejahren zwangsläufig ruinösen Schaden zufügen. Fragt man nach dem Grund dieser volkswirtschaftlich irrsinnigen und durch nichts erzwungenen Entscheidung, so ist der leicht gefunden, wenn man die Sache durch die Brille der Privatisierungsprofiteure betrachtet.

Die Ostplünderland-Betriebe, die sich ja ursprünglich auf 0,5 % sozialistische Zinsen in Ost-Plünderos eingestellt hatten, mussten natürlich dramatisch an Wert verlieren, da sie natürlich nicht in der Lage waren, die nunmehr zwanzig Mal höheren Kapitalzinsen zu erwirtschaften, und das auch noch in West-Plünderos. Unter dem sich permanent verschärfenden Kapitalkostendruck gingen diese Betriebe rasch in Konkurs und waren sprichwörtlich "für ein Butterbrot" zu übernehmen.

In vielen Fällen legte die Untreuegesellschaft den politisch kompatiblen, natürlichen oder juristischen Personen, die diese Firmen übernehmen wollten, erhebliche Geldbeträge dazu, um die Privatisierung möglichst kurzfristig abwickeln zu können. Schließlich übernahm der Steuerzahler ja gerne die Kosten.

Das Ostplünderland-Parlament unter Lorenz Mätzchenmacher, entschied sich für die "Zinsanpassung", sicherlich nicht ohne den Segen ihrer westlichen politischen Vorbilder, denen sie sich am Tag nach diesem Todesstoß für die produzierende Ostplünderland-Wirtschaft angliedern wollte. Um auch hierbei kein Protestgeschrei aufkommen zu lassen, verpflichtete sich die nunmehr allein verantwortliche Regierung von Gesamtplünderland in einem Staatsvertrag, für diese "Kredite", die in den Büchern der 550 Ostplünderland-Geldinstitute standen, die Bürgschaft zu übernehmen. Das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als die vierteljährliche Zahlung der Zinsen an die forderungsberechtigten Banken. Da im Plünderland-Haushalt weder Geld für die so genannten "Altschulden", noch für die darauf zu zahlenden Zinsen vorgesehen war, ließ man alle Beträge bei den Banken weiter anschreiben.

8

Wie geht kreative Buchführung

Um die Öffentlichkeit nicht unnötig zu beunruhigen, ließ man sich ein besonderes Buchungsverfahren einfallen. Der Sinn bestand darin, die sich schnell anhäufenden Zahlungsverpflichtungen im diskreten Dunkel des Vergessens auf der Zeitachse verschwinden zu lassen.

Man ordnete diese Verpflichtungen nicht sofort der Staatsverschuldung zu, auf die immer mehr Bürger mit aufgerissenen Augen achteten. Stattdessen entschloß man sich kurzer Hand, die exponentiell steigenden Kreditverpflichtungen erst nach dem 1. Januar 1995 als Staatsschuld in die Bücher aufzunehmen. Dieses Datum war, zum Zeitpunkt seiner Definition, ein weit entfernter Horizont für die endgültige Regelung darüber, wer in der Solidargemeinschaft Plünderland für diese - aus dem Nichts entstandenen - Altlasten aufzukommen hatte.

Zur Überbrückung wurden diese Schulden bei der plünderischen Untreuegesellschaft in allerlei Sonderhaushalten und "Fonds" zwischengeparkt. Die Zinseszins-Vereinbarung auf Vierteljahresbasis sorgte im Übrigen für eine zusätzliche Beschleunigung beim exponentiellen Anwachsen dieses Schuldenberges.

Diese exorbitant hohen Belastungen in den Büchern der ehemaligen Ostplünderland-Betriebe hatten einen weiteren Vorteil. Sie schreckten viele vormals enteignete Alteigentümer vor der Wiederinbesitznahme ihrer Betriebe ab. So konnte die Untreuegesellschaft über diese Unternehmen relativ frei und unbehelligt verfügen und sie an politisch erwünschte und vertraute Personen für den sprichwörtlichen Apfel und das sprichwörtliche Ei verkaufen, um nicht zu sagen "verschenken".

Ob im Gegenzug Provisionen an Personen oder Institutionen - wie etwa Parteikassen - geflossen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir gehen davon aus, dass auch die Staatsanwaltschaften nichts darüber wissen. Sonst wären sie ja sicherlich gegen solche Machenschaften eingeschritten.

9

Der Weg in die Zwangsverschuldung

Doch kehren wir zu unserem Ostplünderland-Beispiel-Betrieb zurück und stellen die alles entscheidende Frage. Was geschah mit seinen Schulden zwischen dem 1. Juli 1990 und, sagen wir, dem "Tag der Plünderanischen Einheit" am 03. Oktober des gleichen Jahres?

Wie schon im Vorfeld erläutert, waren aus einer realen Investition von einer Million West-Plünderos, ein Kredit in Höhe von 7,6339 Millionen Ost-Plünderos geworden. Darauf hatte der jeweilige Betrieb ursprünglich sozialistische 0,5% Zinsen in Höhe von 38.169 Ost-Plünderos zu zahlen. Dies entsprach zu jener Zeit einer Wertschöpfung von nur 7.951 West-Plünderos.

Nach der 2:1-Umstellung aller Kredite zum Zeitpunkt der Währungsunion im Jahre 1990, verblieben folglich 3,816 Millionen West-Plünderos an Schulden in den Büchern des Betriebs. Dafür hatte jener Betrieb bei einem angenommenen Zinssatz von 10% per anno nunmehr 381.600 West-Plünderos an Zinsen zu entrichten.

Um die Unfassbarkeit dieses Vorgangs nochmals deutlich zu machen, stellen wir fest:

Der ehemalige Ostplünderland-Betrieb hatte Aktiva im Wert von 1 Million West-Plünderos erworben. Dem standen nunmehr Passiva in Höhe von 3,816 Millionen West-Plünderos gegenüber.

Versuchen Sie sich vorzustellen, Sie erwerben als Unternehmer eine Maschine

zu einem festgesetzten Preis. Sie kalkulieren damit und weniger als ein halbes Jahr später, stellt der Lieferant eine Nachforderung in Höhe von 280% des ursprünglichen Preises, die er von der Staatsgewalt auch noch legitimiert bekommt. Glauben Sie, dass Sie diesem Treiben, mit ihrer sprichwörtlichen westlichen Tüchtigkeit, gewachsen wären?

Das die Zinsbelastung für Ihre Kredite in realer Kaufkraft, von ursprünglich 7.951 West-Plünderos, in diesem Zusammenhang um das 48-fache auf 381.600 Plünderos stieg, setzt dem Ganzen nur die Krone auf.

Die Banken kassierten für Kreditbeträge, die die Schuldner niemals erhalten hatten. Um diese Art haarsträubender Buchhaltungsbetrügerei, zugunsten der internationalen Hochfinanz, wirtschaftlich zu überleben, hätte es nicht einmal ausgereicht, ein Finanzgenie zu sein. Eine solche Umstellung hätte Produktivitätsfortschritte erfordert, die auch kein noch so gut gerüsteter westplünderanischer Betrieb in techno-logischer Höchstform hätte leisten können. Und wären die Ost-Manager dieser Betriebe, die besten Manager der Welt gewesen, so hätten sie zum Zeitpunkt der Investition, diese unglaublichen Vorgänge nicht in ihren Kalkulationen berücksichtigen können.

Wundern Sie sich noch darüber, dass die Wirtschaft in Ostplünderland keine Chance hatte, diese Form der Ausbeutung und Ausweidung zu verkraften?

Wundern Sie sich noch, über die anhaltende Strukturschwäche der Ostplünderland-Wirtschaft?

Wundern Sie sich noch, über die massive Arbeitslosigkeit im Osten, die inzwischen die politische Stabilität von ganz Plünderland gefährdet?

Sie wundern sich natürlich nicht, denn mittels der alten "Propaganda" von der Ostplünderland-Mißwirtschaft, die noch aus der Zeit der großen Trennungsspannung stammte, hat man Ihnen nachhaltig eingeprägt, daß die im Osten alle dumm und die im Westen alle schlau sind.

Und "Platz 11 oder 13 auf der Weltrangliste der Industrieländer" war ja auch nur ein Statistikfehler.

In Wirklichkeit aber, hatte hier ein Raubzug westlicher Finanzinstitutionen stattgefunden, die sich mit Unterstützung der politischen Klasse, in atemberaubendem Privatisierungstempo, das gesamte Vermögen der ehemaligen Ostplünderland-Bürger einverleibte.

Es verdampfte wie Schnee auf einem geheizten Kanonenofen. Allerdings hatte man sichergestellt, dass die Öffentlichkeit das typische Zischen bei diesem Vorgang nicht vernahm.

Dieses Zischen war unhörbar durch die wunderbare Diskretion, mit der Garantien, Zinsversprechungen und Buchhaltungsvereinbarungen bis zum 01. Januar 1995 durch die Plünderlandregierung und entsprechende Vertragspartner behandelt wurden.

Gab es aber noch weitere Gründe für diese Art des lautlosen Agierens?

10

Cui bono - wem nützt was?

"Der alte Herr im Haus" hatte eine Vision. Die großartige Qualität seines Geistes erlaubte ihm, alle Konventionen der Vergangenheit über Bord zu werfen und Vorstellungen zu entwickeln, die den Rahmen dessen, was das internationale Establishment wünschte, schlicht und einfach sprengten. Er wollte die scheinbar verhängnisvolle Ost-West-Spannung, die zur Zeit der großen Trennung oft genug bedrohliche Formen angenommen hatte, grundlegend entschärfen. Vor allem die massive Ankurbelung der zivilen Ostplünderland-Wirtschaft, die zu einer deutlich besseren Versorgung der dortigen Bevölkerung geführt hätte, sollte diese Entspannung voranbringen.

Gleichzeitig hätte dadurch aber auch, die bereits krisengeschüttelte Wirtschaft im früheren Westplünderland, angekurbelt werden können. Er stellte sich vor, dass die technisch runderneuterten Ostplünderland-Betriebe beim Aufbau des Ostens der alten Welt eine entscheidende Rolle hätten übernehmen, und als Schnittstelle zur Industrie des Westens hätten dienen können.

Vor allem der westplünderanische Maschinenbau sollte bei der Restaurierung der Ostplünderland-Betriebe seinen Schnitt machen.

Wäre die Vision "des alten Herrn im Hause" Wirklichkeit geworden, hätte dies so viele Leute in Brot und Arbeit gebracht und somit zu regulären Steuerzahlern gemacht, daß der gesamte Aufbau des Ostens - ähnlich wie das westplünderanische Wirtschaftswunder nach 1949 - zum sich selbst finanzierenden Konjunkturprogramm für die ganze alte Welt geworden wäre. Am Ende wäre vielleicht sogar, wie in den 50er Jahren ein gefüllter "Juli-Turm" entstanden.

Diese ökonomisch einzig sinnvolle Vision löste jedoch bei den so genannten "Verbündeten" regelrechte Alpträume und Angstzustände aus. Von der "Vierten Macht" war plötzlich die Rede und der Popanz einer neuen plünderanischen Vorherrschaft in der alten Welt wurde an die Wand gemalt.

"Der alte Herr im Haus" wurde, bevor er mit seiner Vision an die Öffentlichkeit treten konnte, durch das "Phantom" der dritten Terroristen-Generation ermordet.

Dieser Mord ist, wie andere politische Morde der damaligen Zeit, bis heute nicht aufgeklärt.

Auch "der rohe Vetter", der erste Chef der Untreuegesellschaft, welche die Privatisierung des ostplünderanischen Volksvermögens abzuwickeln hatte, glaubte an die Machbarkeit blühender Landschaften im Osten. Etwas

bescheidener als die Vorstellungen des Chefs der großen plünderischen Bank, "dem alten Herrn im Hause", waren seine Ideen praxisorientierter und berücksichtigten vor allem die aktuellen Probleme der ostplünderischen Wirtschaft. Er forderte: "Sanierung muss Vorrang vor Privatisierung haben."

"Der rohe Vetter" vertrat die Ansicht, dass man nicht auf die oft langwierige juristische Klärung der Eigentumsverhältnisse warten sollte. Vielmehr mußte alles getan werden, diese Betriebe so um- und aufzurüsten, daß sie ohne Unterbrechung gewinnbringend und konkurrenzfähig weiterproduzieren konnten.

Wenn die Menschen in diesen Betrieben ihren Lohn hätten verdienen können, wäre immer noch Zeit genug gewesen, Eigentumsverhältnisse zu klären und die Privatisierung abzuwickeln.

Auch "der rohe Vetter" wollte - wie "der alte Herr im Haus" - vor allem die ostplünderische Industrie im Programm "Aufbau des Ostens" einsetzen. So sollte zum Beispiel die Ostplünderland-Stahlindustrie das, wegen früher ausgebliebener Investitionen, abgenutzte Schienenmaterial der Eisenbahn des alten Reiches erneuern. Außerdem hatte er vorgesehen, dass ehemalige Ostplünderland-Baufirmen den erforderlichen Autobahnausbau zu bewerkstelligen hatten.

Auch die Ideen "des rohen Veters" entsprangen einem Sinn für das Gemeinwohl. Wie "der alte Herr im Haus", wurde auch "der rohe Vetter" ebenso heimtückisch wie fachmännisch ermordet. Nur wenige, erstklassig ausgebildete, Experten sind in der Lage, einen Todesschuss auf so große Entfernung, durch ein geschlossenes Fenster, präzise auszuführen. Auch dieser Mord, der am 1. April 1991 ausgeführt wurde, ist bis heute nicht aufgeklärt.

11

Eine neue Ära

Zur Nachfolgerin des so plötzlich verstorbenen Chefs der Untreuegesellschaft wurde Frau Grille Greuel vom berühmt-berüchtigten "Bankhaus Gerhard, Mensch Meier und Stute" berufen.

Von eher zweifelhaftem Ruhm und berüchtigt deshalb, weil es genau dieses Bankhaus war, von dem am 4. Januar 1933 die Ausschaltung des "roten" Generals und Reichskanzlers "von Pirscher" und die Machtergreifung des Schicklgrubers in Szene gesetzt worden waren. Später gehörten von Pirscher und seine Gemahlin übrigens zu den Mordopfern der so genannten "plünderischen Bartholomäus-Nacht" am 30. Juni 1934.

Vor diesem historischen Hintergrund ist es daher für manchen Zeitgenossen mehr als verwunderlich, daß ausgerechnet jenes Bankhaus den recht einträglichen Beratervertrag zur Privatisierung ostdeutscher Betriebe von

der Untreuegesellschaft erhielt.

Das "Bankhaus Gerhard, Mensch Meier und Stute" hatte - wie seine internationalen Kollegen - eine völlig andere Vorstellung von der "Abwicklung" der ostplünderanischen Wirtschaft als "der alte Herr im Hause" und "der rohe Vetter". Vielmehr waren diese Vorstellungen das genaue Gegenteil der Visionen dieser beiden großen Männer.

Allerdings war das "Bankhaus Gerhard und Co" nach seiner politischen Aktivität von 1933 in das Eigentum des britischen Bankhauses "Boyd's" übergegangen.

Man kann mit Fug und Recht sagen, dass die teuren Ratschläge - denn solche Beratungen hatten für gewöhnlich einen nicht geringen Preis - direkt von der Bank Boyd's an die Untreuegesellschaft gingen.

So empfahl Boyd's der Untreuegesellschaft, in deren Bilanz keine eindeutigen Posten zu unterscheiden, sondern Gegensätze möglichst zu vermischen.

Nach der Ermordung "des rohen Veters" änderte sich die Buchhaltungspraxis der Untreuegesellschaft deshalb nachhaltig. Investitionen zur technischen Sanierung der Betriebe und Zuwendungen an Käufer oder Altschuldner wurden nun nicht mehr getrennt aufgeführt. Stattdessen fasste man sie einfach unter dem neuen Posten "Sanierung und Verlustausgleich" zusammen. Dadurch fiel auch nicht weiter auf, dass von den 77,5 Milliarden Plünderos, die im Jahr 1991 unter dieser Bilanzposition ausgewiesen wurden, tatsächlich nur 5 Milliarden für technische Sanierungsinvestitionen aufgewandt worden waren.

Und diese Investitionen erfolgten meist nur für den Umweltschutz und hatten mit der Modernisierung im Sinne der erforderlichen Produktivitätssteigerung nicht das Geringste zu tun.

Der Löwenanteil von 72,5 Milliarden Plünderos wurde für Zuwendungen bei Privatisierungen oder als Entschädigungen bei Stilllegungen ausbezahlt.

Ein weiterer Rat des renommierten Bankhauses mit der besonderen Historie mag gewesen sein, der Privatisierung den unbedingten Vorrang vor der Sanierung einzuräumen.

So ließ man die Betriebe bis zur endgültigen, oft wegen der komplizierten Rechtslage langwierigen "Privatisierung", formal weiter wurschteln, wie vorher.

Die Exponentialfunktion des Zinseszinses für die so genannten Altschulden, sorgte derweil für das Ansteigen der Betriebsschulden in schwindelnde Höhen, ohne daß in den Unternehmen Weichen für eine aussichtsreiche wirtschaftliche

Zukunft gestellt wurden.

Für die Banken war diese Entwicklung durchaus vorteilhaft, so lange der Staat als Garant für die sichere Bedienung dieser Schulden geradestand.

Die Überschuldung der Betriebe machte die Übernahme durch ernsthafte Sanierer wirtschaftlich immer unzumutbarer, obschon nicht nur dadurch die Preise für solche Unternehmen immer weiter fielen.

Das komatöse Verharren im alten Zustand, ohne sinnvolle unternehmerische Tätigkeit, drückte die Preise weiter. So konnten und mussten diese Betriebe immer billiger angeboten werden.

Das sozialistische Eigentum, auf das die Bürger des ehemaligen Ostpländerlandes ein Anrecht gehabt hätten, wurde auf diese Weise drastisch reduziert.

Soweit es sich nicht um die früheren Eigentümer handelte, die ihre Betriebe vielleicht eher aus nostalgischen als aus wirtschaftlichen Gründen wieder erwerben wollten, waren andere potentielle Käufer kaum am Aufrechterhalten der Produktion, geschweige denn am Erhalt der Arbeitsplätze, interessiert. Deren Augenmerk richtete sich vielmehr auf die Märkte, die sie unproblematisch, von ihren im Westen schon vorhandenen Betriebsstätten aus, mitbedienen konnten. Viele Betriebe gingen, nachdem die hohe Verschuldung die Alteigentümer wie gewünscht abgeschreckt hatte, für einen Spottpreis an solche neuen "erwünschten" Eigentümer.

Neben der preisgünstigen Betriebsstätte erhielten diese Übernehmer oft noch hohe finanzielle Zuwendungen.

Zwar erwirtschaftete die Untreuegesellschaft auf diese Weise aus dem Verkauf von Betrieben, in den Jahren bis zu ihrer Schließung 2005, Erlöse in Höhe von rund 70 bis 80 Milliarden Plünderos.

Doch wendete sie sage und schreibe 344 Milliarden Plünderos auf, um diese grandiose Verkaufsleistung zu Stande zu bringen. Der Aufwand bestand zu 154 Milliarden aus Verlustübernahmen und zu 190 Milliarden aus der Übernahme von Verbindlichkeiten der Altschuldner.

Das war der größte Teil dieser Kategorie von "alten Schulden", die ursprünglich die Geburtsform von Fondsausgleichszahlungen hatten, in ihrer Jugend zu Quasi-Krediten wurden und schließlich zu "alten Schulden" in Form von "echten" Krediten reiften.

Alteigentümer, die sich ihre früheren Betriebe aus ehrenwerten Motiven zurückkauften, - es handelte sich dabei meist um kleinere Betriebe im Familienbesitz - übernahmen insgesamt "nur" Schulden im Wert von 7 Milliarden Plünderos.

Zu guter letzt gingen noch weitere 60 bis 70 Milliarden Plünderos
Altschulden an die Nachfolgeinstitutionen der Untreuegesellschaft über.
Damit hatte es eine ganz besondere Bewandnis.

12

Wie stiehlt man ein ganzes Land?

Die Art und Weise, wie ehemals staatliche Fondszuteilungen an die
Ostplünderland-Betriebe zu privaten Bankschulden wurden, war das eigentlich
Unfassbare an der so genannten Altschuldenregelung der
Westplünderland-Regierung. Ein Geheimnis bleibt, aus welch unerfindlichen
Gründen, diese Vorgänge durch die Opposition gedeckt wurden.
Auch die Medien taten das ihrige, um die wahren Vorgänge zu verdunkeln. So
titelte die Gemeine Frankfurter Depesche am 17.1.2995: "Die von der
Untreuegesellschaft abgelösten Altkredite sind echte Schulden".

Der Verfasser des Artikels, Lutz Lügner, meinte, "nach der
Währungszusammenlegung haben nur die Schuldner und die Gläubiger
gewechselt". So dumm, dass er den Unterschied zwischen sozialistischen
Fondszahlungen und privaten Bankkrediten nicht kannte, kann er unmöglich
gewesen sein.

Lutz Lügner beschränkte sich in seiner Beurteilung eben auf den kurzen
Zeitraum von unmittelbar VOR und unmittelbar NACH der Selbstauflösung des
Ostplünderland-Parlamentes. Für diesen kurzen Zeitraum mag seine Aussage
sogar einen gewissen Wahrheitsgehalt gehabt haben. Im Jahre 2995, dem
Erscheinungstermin des besagten Artikels, diente sie natürlich nur zur
propagandistischen Entlastung der politisch Verantwortlichen, denn die
hatten eine solche Entlastung auch bitter nötig.

Ein Gerichtsurteil vom 21. September 2995 aus "der Burg der Mägde" brachte
etwas Klarheit in die Sache.

Das Gericht verneinte, daß die Plünderische-Genossen-Bank Rechtsnachfolgerin
der von ihr am 10. September 2990 erworbenen "Bank für Land und Nahrung"
sei. Die Bank sei daher auch nicht berechtigt, die "Kredite" dieser Bank an
die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgesellschaften einzufordern.
Geklagt hatten 20 LPGes., bei denen die PG-Bank versucht hatte, Zinsen für
ein Kreditvolumen von 7,6 Milliarden
West-Pünderos einzutreiben.

Das Gericht wollte sich nicht in eine politische Auseinandersetzung
verwickeln lassen und beschränkte sich in der Urteilsbegründung auf
Unstimmigkeiten bei den Unterschriften des Kaufvertrags. Insbesondere
vermißte es die Unterschrift und das Amtssiegel des ehemaligen
Finanzministers von Ostplünderland.

Daß es bei der Übernahme der ehemaligen Ostbanken etwas hastig und möglicherweise schlampig zugegangen sein mag, ist nicht von der Hand zu weisen, liegt aber in der Natur dieses wahrhaft außerordentlichen Geschäftes.

Die Feinheiten der juristischen Auseinandersetzung sind für uns nicht relevant. Vielmehr interessiert uns, wie gewinnbringend das Geschäft mit der Übernahme der ehemaligen Ostbanken für die westlichen, internationalen Geldinstitute wirklich war.

Die PG Bank beispielsweise, hatte besagte Landwirtschaftsbank für ganze 106 Millionen Plünderos von der Untreuegesellschaft gekauft. Dabei mag es der Untreuegesellschaft entgangen sein, daß die "Bank für Land und Nahrung" zu diesem Zeitpunkt bereits über eine Barschaft von 250 Millionen Plünderos in ihren Kassen verfügte - mithin mehr als dem Doppelten des von der PG Bank bezahlten Kaufpreises.

Die PG Bank konnte die Übernahme dieses Geldinstituts also locker aus dessen eigenen Barbeständen finanzieren. Für die PG Bank war das natürlich ein außerordentlich lukratives Geschäft, ein Geschenk des Himmels sozusagen.

Aber das war nicht alles. Diese ehemalige Ostplünderland-Bank verfügte auch noch über zahlreiche Liegenschaften, das heißt Grundstücke und Häuser mit entsprechenden Filialräumen, die über das ganze Ostplünderland in den landwirtschaftlichen Zonen verstreut lagen. Diese Liegenschaften gab es gratis dazu. Damit wurde das Geschäft für die PG Bank immer besser. Glauben Sie lieber Zuhörer, daß solche Geschenke wirklich vom Himmel fallen?

Das Beste, das absolute Sahnehäubchen für die PG Bank, waren aber nicht solch lächerliche Peanuts im dreistelligen Millionenbereich. Wir erinnern uns. In jenem "Burg der Mägde" Prozeß ging es um Forderungen von insgesamt 7,6 Milliarden Plünderos.

Hatte die PG Bank diese etwa auch noch für ihre Investition von 106 Millionen bekommen, die ja schließlich aus der "Portokasse" der ehemaligen Ostplünderland-Bank bezahlt worden waren? Sie hatte! Und noch viel, viel mehr! Insgesamt waren nämlich Forderungen im Wert von über 15 Milliarden Plünderos erworben worden. Bei den 7,6 Milliarden handelte es sich ja lediglich um die Schulden der zwanzig klageführenden Landwirtschaftlichen Produktionsgesellschaften.

Nun mochte ein westplünderanischer Bürger, der an die Redlichkeit seiner Regierung glaubte, einwenden: "diese 15 Milliarden Plünderos können wir getrost vergessen, denn sie sind bei der desaströsen Mißwirtschaft des ehemaligen Ostplünderland sowieso nicht einzutreiben." Hier irrte er

gewaltig. Bis zu diesem Zeitpunkt, also in nur knapp einem Monat, hatte die PG-Bank bereits sage und schreibe 600 Millionen Plünderos an Zinsforderungen eingetrieben. Erst danach setzte das Gericht diesem unglaublichen Treiben ein vorläufiges Ende.

Nun hätte man darüber entrüstet sein können, das eine Regierungsbehörde Staatseigentum in Form von Kassenbeständen einer ehemaligen Ostplünderland-Bank mit einem Wert von 250 Millionen Plünderos, Zinsforderungen in Höhe von 600 Millionen Plünderos und die kaum richtig zu bewertenden Liegenschaften in erheblichem Umfang, zu einem lächerlichen Preis von 106 Millionen Plünderos an ein privates Geldinstitut verschleuderte, wenn das schon alles gewesen wäre.

Als Tüpfelchen auf dem "I" hatte die Plünderland-Regierung über ihren institutionellen Zwischenhändler, die Untreuegesellschaft, diese Schulden zu anerkannten und damit zu gesetzlich abgesicherten Werten gemacht, die beim staatlich verwalteten Fonds für geerbte Altlasten, mit größerer Gewissheit, als beim zivilen Gericht in "der Burg der Mägde", einklagbar waren. Diese Forderungen waren für die PG-Bank genauso "sicher" wie Plünderland-Schatzbriefe. Für die steht schließlich - damals wie heute - der Steuerzahler gerade.

Was da vor dem "Burg der Mägde"- Gericht aktenkundig wurde, war also eines der ganz außerordentlich guten Geschäfte, die Banken, wie die PG Bank, auf Kosten der Steuerzahler machen durften.

Damit auch der mit so großen Zahlen wenig vertraute Zuhörer den Charakter dieser Geschäfte überblicken kann, stelle er sich folgendes vor:

Nehmen wir an, er kaufte bei einem "ehrenwerten" Kaufmann eine Geldbörse, die diesem Kaufmann aber in Wirklichkeit gar nicht gehörte, die er nur treuhändisch aufzubewahren hatte. Dieser ehrenwerte Verkäufer verlangte nur einen Taler und 6 Pfennige als Preis, obschon in dieser Geldbörse bereits 2 Taler und fünfzig Pfennige in bar und zusätzlich noch ein Scheck über 15.000 Taler steckten.

Der Scheck aber trug auch noch, als "Indossament", die Bürgschaftsanerkennung seiner Regierung. Zweifellos würde sich der Käufer über ein solches Geschäft freuen.

Doch würde er den Kaufmann, oder in diesem Fall die Kauffrau, die Untreuegesellschaft, deshalb auch wirklich für eine ehrenwerte Person halten? Und wie angenehm fände der wirkliche Eigentümer der Geldbörse die ganze Angelegenheit?

Natürlich waren solche Geschäfte nicht für den einfachen plünderanischen Bürger gedacht. So feine Sachen waren nur für international operierende

Bankhäuser zu machen.

Was halten Sie als Steuern zahlender Bürger eigentlich von so viel untreuhändischem Verantwortungsbewußtsein der Regierung für das Gemeinwohl?

Doch die größte Unverfrorenheit kommt erst noch. Sie werden es nicht glauben:

Auch mit diesem geradezu pervers guten Geschäft zu Lasten der Allgemeinheit, gab sich die Bank noch nicht zufrieden.

Sie ließ sich für den "Aufwand", der ihr mit der Abwicklung dieses Geschäfts zugemutet worden war, durch einige weitere Millionen Plünderos "entschädigen".

Die Plünderische-Genossen-Bank war natürlich nicht die einzige Nutznießerin solch ehrenwerter Geschäfte der Untreuegesellschaft.

Empörte Beamte des Plünderland-Rechnungshofes hatten dem Magazin Die Scheibe "rechtswidrig" einen 48-seitigen, streng vertraulichen Bericht über ähnliche Geschäfte großer in- und ausländischer Privatbanken mit der Untreuegesellschaft zugespielt. Ob die "verantwortungslosen" Beamten, die sich eines derartigen Vertrauensbruches schuldig gemacht hatten, dafür zur Verantwortung gezogen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis.

Das öffentliche Ärgernis wurde allerdings nicht allzu groß, weil der größte Teil dieses 48 Seiten-Dossiers der Öffentlichkeit verborgen blieb. Die Scheibe verriet in ihrer Ausgabe vom 27. September 1995 lediglich wenige uninteressante Details, die wir hier kurz zusammenfassen:

13

Zitat:

"Die Plünderische Kreditbank hatte die Aufgabe, alle Schulden der staatlichen Ostplünderland-Betriebe zu bündeln.

Sie kaufte Schuldscheine im Wert von 80 Milliarden Plünderos auf, und zwar so, wie sie in den Büchern standen. Dabei hatte sie nicht zu berücksichtigen, auf welcher zweifelhaften Weise sie dort hineingeraten waren.

Oberaufsicht über diese Arbeit der Plünderischen Kreditbank von Ostplünderland führte die Plünderische Bank von Westplünderland. Als die Arbeit getan war, wurden die Ostplünderland-Kreditinstitute günstig verkauft.

Die Plünderische Bank erwarb davon 112 Niederlassungen in den besten Lagen

der Industriestädte für 310 Millionen West-Plünderos.

Eine Tochtergesellschaft der Plünderischen Bank erhielt 74 gut gelegene Grundstücke für 164,4 Millionen. Für die Drehbank fielen 41 Liegenschaften für 87,3 Millionen ab.

- Zitat Ende -

Wie viele Plünderos bei den jeweiligen Filialen bereits in den Kassen lagen, erfuhr man ebenso wenig, wie die Höhe der Kreditforderungen, die bei diesen Privatisierungsgeschäften zusätzlich erworben wurden.

Seltsamerweise brach die Berichterstattung über diese Vorgänge schon wenige Tage nach der ersten Veröffentlichung im Magazin Die Scheibe wieder ab.

Spätestens hier hätte man wütenden Einspruch des "Klubs der Steuerzahler" erwarten müssen. Weit gefehlt! Man war nicht aufgeregt und man bohrte auch nicht weiter nach.

Zwar wurde noch bekannt, daß auch die Hauptstadt-Bank für 49 Millionen Plünderos, Kreditforderungen im Wert von 11,5 Milliarden Plünderos erwerben konnte. Aber auch das erregte kein öffentliches Ärgernis, obschon sich diese Bank, die Abwicklung des Geschäftes, von der Untreuegesellschaft mit weiteren 115 Millionen Plünderos, als Verwaltungsaufwand und vorsorglichen Schadenersatz, bezahlen ließ, nur für den Fall, daß das Geschäft, aus irgendeinem Grunde, nicht wie vereinbart zustande gekommen wäre.

Außerdem soll dem nur in Auszügen bekannt gewordenen Papier des Plünderland-Rechnungshofes zu entnehmen sein, daß insgesamt "Kredite" im Umfang von 177,5 Milliarden Plünderos auf diese Weise, für einige wenige Millionen Plünderos, den Besitzer gewechselt haben.

Dabei war den Banken für den Fall, daß sich die Schulden als uneintreibbar erweisen sollten, zugestanden worden, die Forderung "wertberichtigt" bei einem "anderen Fonds im Rahmen der Währungsumstellung" geltend zu machen. Für den würde der Steuern zahlende Plünderland-Bürger mit seinem Solidarbeitrag bereitwillig geradestehen.

Soviel Unverfrorenheit hatte zwar bei Medien und Politikern zu Stirnrunzeln und Mißfallensäußerungen geführt. Dies lenkte aber nur von dem eigentlichen Skandal ab. Internationalen Banken war zugestanden worden, für wenige Millionen Plünderos mehrere Milliarden Plünderos Kreditforderungen zu kaufen, für die der Steuerzahler aufzukommen hatte.

Doch hielt sich die Aufregung, über das dreiste Agieren der Banken, in engen Grenzen. Nach wenigen Wochen redete keine Zeitung und kein Fernsehen mehr davon, und so vergaßen es auch die zahlungsbereiten Plünderland-Bürger. Dabei hätte die ganze Angelegenheit doch das Zeug zu einem echten Skandal

mit gehöriger Empörung gehabt.

Aber es ist eben nicht wahr, daß die Medien von empörenden Neuigkeiten leben. Die Empörung muß schließlich auch in die richtige Richtung zielen, um mediengerecht zu sein.

Um einer Revision dieser Schuldenregelung auf jeden Fall vorzubeugen, hatte die Untreuegesellschaft schon im Jahre 2003 - vermutlich wiederum auf Anraten ihrer teuren Berater, wie dem angesehenen Bankhaus Boyds - damit begonnen, die Schulden der Ostplünderland-Betriebe, die eigentlich gar keine richtigen Schulden waren, in echte Kredite umzuwandeln.

Das bewerkstelligte man dadurch, dass man sie durch Refinanzierung monetisierte. Das heißt, die Untreuegesellschaft verkaufte Anleihen und Obligationen und bezahlte einen großen Teil der Kreditforderungen der internationalen Institute, mit den dadurch erlösten Beträgen.

Nachgewiesen sind 105 Milliarden Plünderos, die an die Banken überwiesen wurden. Auf diese Art und Weise verschwanden die alten Schulden und die neuen Wertpapiere wurden zu unumkehrbaren Zahlungsforderungen an Staat und Steuerzahler.

Das Geld zahlte die Untreuegesellschaft an die Plünderische-Kreditbank. Die Bank gehörte zwar der Untreuegesellschaft, arbeitete aber in der Obhut der Plünderischen-Bank, in deren Eigentum sie später auch überging.

Damit stellte sich die Frage, die eigentlich auch den Staatsanwalt hätte beschäftigen müssen:

"Was hatte die Plünderische-Bank mit dem Geld der Plünderischen-Kreditbank gemacht?"

Wahrscheinlich war es - wie im Falle der "Bank für Land und Nahrung" - einfach in den Tresoren der Filialen geblieben, als diese - wie erwähnt - von den internationalen Geldinstituten für ein paar lächerliche Millionen Plünderos übernommen wurden.

Warum auch sollten andere Großinstitute schlechter dastehen, als die PG Bank?

14

Resümee und Epilog

Lassen wir unseren Berichterstatter, Otto H. Nienkamp hier enden und fassen kurz zusammen, was geschehen war:

Die Götter hatten zwei Gebiete mit unterschiedlichen Macht- und Wirtschaftssystemen zusammengeführt.

Das kapitalistische Westplünderland hatte ein privates Bankensystem, dem das Kreditgeldschöpfungsmonopol geschenkt worden war. Deshalb herrschte hier der Zwang, die Zinsen und die Zinseszinsen permanent aufzuschulden, nur um die Zahlungsmittel in Umlauf zu halten. Weil die Zinsen immer über 7% lagen, entwickelten sich Produktivitätsdruck, Wachstumszwang und die Preissteigerungsrate ebenso schnell, wie das Bruttoinlandsprodukt. Diese Faktoren sorgten aber auch für eine exponentiell steigende Verschuldung bei den internationalen Kreditinstituten.

So lag das Bruttoinlandsprodukt kurz vor der Vereinigung mit Ostplünderland bei deutlich über 2.000 Milliarden Westplünderos. Die Staatsverschuldung hatte schon damals über 800 Milliarden und die Verschuldung aller sozialen Einheiten, also einschließlich der Schulden privater Haushalte und privater Unternehmen, mehr als 1.800 Milliarden Westplünderos erreicht.

In Ostplünderland dagegen gab es an echten Schulden nur 30 Milliarden Westplünderos, den so genannten Auslandsschulden. Alle anderen Schulden waren intern, denn die Banken gehörten dort ja dem Staat. D.h.: Ostplünderland hatte diese Schulden, die ja eigentlich gar keine waren, weil ja auch alle Unternehmen und sonstige Produktionsmittel ihm selbst gehörten, lediglich bei sich selbst. Weil das Zinsniveau im sozialistischen Osten sehr niedrig war, waren auch Produktivitätsdruck, Preissteigerungsrate und Bruttoinlandsprodukt niedrig. Das absolute Preisniveau für Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs lag weit unter dem im Westen. Das dort so genannte Bruttoinlandsprodukt betrug ca. 800 Mrd. Ostplünderos und war mit der entsprechenden Zahl im Westen, wegen der unterschiedlichen Finanzierungssysteme und Preisniveaus nur schwer vergleichbar.

Eine Tatsache bleibt jedoch: Wenn auch das Sozialprodukt im Ostplünderland, um den Wechselkurs bereinigt, nur knapp 10% der entsprechenden Zahl im Westen betrug, lag doch die tatsächliche Verschuldung, die lediglich aus den Auslandsschulden bestand, nur bei ca. 1.6% der gesamten Verschuldung in Westplünderland. Wer rechnen kann, versteht, dass Plünderland bei der Vereinigung eigentlich hätte reicher werden müssen. Selbst die eins zu eins Umstellung der Ersparnisse des kleinen Mannes, hätte daran nur wenig geändert.

Dieses Umtauschverhältnis diente letztlich auch nur der Täuschung. Auf diese Weise wurde der zwei zu eins Umtausch der Kredite, die, wie sie nun unschwer erkennen können, niemals richtige Kredite nach westlichen Maßstäben waren, gerechtfertigt. Gleichzeitig schaffte man es, durch die in dieser Geschichte beschriebenen Machenschaften, die Gesamtverschuldung des vereinten Plünderland in kürzester Zeit dramatisch steigen zu lassen.

Europa versagt weil die Mitglieder die Kontrolle über ihr finanzielles Schicksal verloren haben. Mehr unter <http://mailstar.net/ziele.htm>

Wir sind auf Beiträge und Feedback angewiesen. Schreiben Sie an Max@mailstar.net. Ihre Meinung und Kommentare sind uns wichtig!

Wenn Sie den NewsLetter aus zweiter Hand haben, registrieren sie hier gratis und klicken Sie hier und senden Sie diese Email mailto:max@mailstar.net?subject=MaxNews_Deutsch&body=Bestellen.

Newsletter abbestellen: hier klicken und emailen <mailto:max@mailstar.net?subject=Abbestellen>.

Maxnews wird gemäß dem üblichen Haftungsausschluss verbreitet siehe. www.disclaimer.de/disclaimer.htm?farbe=aaff88/000000/000000/000000